



Informationen aus der Hauptstadt und dem Wahlkreis Kassel

Kassel, 18. Februar 2022

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leserinnen und Leser,

am Sonntag haben wir mit großer Mehrheit Frank-Walter Steinmeier im Amt bestätigt. Das war nicht nur ein großer Tag für unsere Demokratie, sondern auch für die SPD. **Denn mit der Wahl von Frank-Walter Steinmeier bleibt ein engagierter Sozialdemokrat Bundespräsident.** In seiner Rede hat er die Werte der Demokratie betont, die wir gerade in einer sich polarisierenden Gesellschaft verteidigen werden. Die rote Linie verläuft bei Hass und Gewalt und diese gilt es, gemeinsam zu halten. Dafür steht unser Bundespräsident, dafür stehen wir alle.

Auch sein beherzter Appell an den russischen Präsidenten, gemeinsam im Dialog **nach einer friedlichen Lösung zu suchen**, war richtig und wichtig. Zwei Flugstunden von Berlin entfernt droht Krieg. Bundeskanzler Olaf Scholz ist deshalb in dieser Woche für weitere Gespräche in die Ukraine und nach Russland aufgebrochen. **Ziel muss es sein, alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen und Vertrauen wiederherzustellen.** Wir sagen aber auch ganz klar: Sollte Russland die Ukraine angreifen, liegen alle Optionen auf dem Tisch.

Die hohen Energiepreise belasten derzeit vor allem Bürger:innen mit geringeren Einkommen. **Damit Wohnen und Heizen für alle bezahlbar bleibt und die steigenden Energiepreise abgefedert werden**, bringen wir in dieser Woche einen Heizkostenzuschuss auf den Weg. Mit der Einmalzahlung **unterstützen wir 2,1 Millionen Bürger:innen finanziell** und stärken den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. **Weitere konkrete Entlastungsmaßnahmen sind derzeit in Arbeit.**

Wir befinden uns zudem in einer neuen Phase der Pandemie: Zwar führt Omikron zu deutlich höheren Fallzahlen, aber gleichzeitig verzeichnen wir auch weniger schwere Krankheitsverläufe. Deshalb wollen wir erste, **maßvolle Lockerungen** in den Blick nehmen. Wir setzen weiterhin auf eine allgemeine Impfpflicht, um die Impflücke zu schließen und unser Land vor einer neuen Welle im Herbst und Winter zu bewahren. Ich habe mich daher dafür entschieden, den Gruppenantrag zur allgemeinen Impfpflicht ab 18 Jahren mitzuzeichnen. Es wäre ein gutes Zeichen, wenn dieser von einer breiten Mehrheit im Bundestag getragen würde. Was dies konkret bedeutet, habe ich in einem Info-Papier auf Seite 7 und 8 im Anhang beigefügt.

Indem wir die Regelungen zum **Kurzarbeitergeld bis zum Sommer verlängern**, sichern wir die Arbeitsplätze vieler Arbeitnehmer:innen und stärken den Arbeitsmarkt. Wer in Kurzarbeit bleiben muss, wird weiterhin finanziell aufgefangen!

Der diesjährige Weltfrauentag am 8. März findet unter dem internationalen Motto **#BreaktheBias** statt. Es geht darum, auf stereotype Rollenbilder und klischeehafte Vorurteile aufmerksam zu machen und diese zu überwinden. Auf dem Weg zur Gleichstellung der Geschlechter bleibt noch viel zu tun. Deshalb setzen wir wichtige Projekte in dieser Legislaturperiode um: **Wir schaffen mit dem Paragraphen 219a im Strafgesetzbuch das Werbeverbot ab**, damit Ärzt:innen öffentlich über Schwangerschaftsabbrüche informieren können.

Der Fortschritt ist spürbar, packen wir es an!

Euer

Timon Gremmels

■ Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel
✉ buero@timon-gremmels.de
🏠 timon-gremmels.de

☎ Telefon 0561 700 10 52
f TimonGremmels
📷 @gremmels



Frank-Walter Steinmeier wurde mit einer deutlichen Mehrheit im Rücken für eine zweite Amtszeit gewählt. Herzlichen Glückwunsch!



Zwei Jahre nach dem rassistischen Anschlag in Hanau

#say their names

Der rassistisch motivierte Anschlag in Hanau am 19.02.2020 hat unsere Gesellschaft tief ins Mark getroffen. Zwei Jahre sind vergangen, seitdem neun junge Menschen aus rassistischen, menschenverachtenden Motiven ermordet wurden. **Ihre Namen dürfen nicht in Vergessenheit geraten!**

Menschen mit Migrationsgeschichte können jederzeit zur Zielscheibe von Angriffen und diskriminierenden Handlungen werden und sind in ihrem Alltag häufig strukturellem Rassismus ausgesetzt. Die hessischen Bundestagsabgeordneten fordern deshalb mehr Einsatz im Kampf gegen rassistisch motivierte Gewalt in Deutschland.

„Wir müssen klare Haltung zeigen und unsere Stimme gegen Hass und Rassismus erheben!“ Mit der gemeinsamen Aktion in den sozialen Medien möchten die hessischen SPD-Abgeordneten und die beiden hessischen Bundesministerinnen die Erinnerung an den Anschlag am Leben halten, damit er uns daran erinnert, wachsam zu sein und Rassismus und rechter Gewalt entgegenzutreten!



Weitere Informationen hierzu aus der aktuellen Stunde im Bundestag gibt es unter: <https://bit.ly/3BzzAg4>

Sanktionsmöglichkeiten müssen auf den Tisch

Russland-Ukraine Konflikt

Bei seinem Antrittsbesuch in Moskau machte Bundeskanzler Olaf Scholz deutlich, **dass ein Einmarsch Russlands in die Ukraine deutliche Konsequenzen für Russland nach sich ziehen wird.**

Wladimir Putin hat mittlerweile rund 130.000 Soldat:innen an der Grenze zusammengezogen und droht damit, in die Ukraine einzumarschieren. Die Bundesregierung und ihre Partner in der EU und NATO arbeiten weiterhin mit Hochdruck an einer friedlichen Lösung des Konflikts.

Während für uns klar ist, dass im Falle einer Eskalation Großprojekte, wie Nord-Stream 2, als Sanktion gekappt werden müssen, lassen unsere amerikanischen Verbündeten ihre Öl-Importe aus Russland bisher außen vor. Das muss sich ändern.

Im Gespräch mit Wladimir Putin machte Olaf Scholz aber auch deutlich, dass der vorgeschobene Grund für den Truppenaufzug - nämlich ein möglicher NATO-Beitritt der Ukraine - auf keiner Tagesordnung der EU oder NATO zu finden sei und **eine friedliche Lösung nicht nur der richtige, sondern der einzig sinnvolle Weg sei.** Weitere Gespräche sollen folgen.

Hier geht es zur Pressekonferenz: <https://bit.ly/3oW3VQF>





Steigende Energiepreise

Heizkostenzuschuss für Menschen mit niedrigen Einkommen

Die steigenden Energiepreise sind vor allem für Menschen mit niedrigen Einkommen eine hohe finanzielle Belastung. **Um diese Belastungen abzufedern und soziale Härten zu vermeiden**, schlagen die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP einen **einmaligen Heizkostenzuschuss** vor. Einen entsprechenden Gesetzentwurf beraten wir in dieser Woche in 1. Lesung.

Neben 710.000 Wohngeld beziehenden Haushalten (rund 1,6 Millionen Personen) sollen auch rund 370.000 BAföG-Bezieher:innen und rund 75.000 Aufstiegs-BAföG-Empfänger:innen sowie rund 65.000 Personen, die Berufsausbildungsbeihilfe oder Ausbildungsgeld beziehen, diesen Zuschuss erhalten. **Die Auszahlung** an Beziehende von Wohngeld, Berufsausbildungsbeihilfe und Ausbildungsgeld **erfolgt automatisch**, Empfänger:innen von BAföG und Aufstiegs-BAföG erhalten den Zuschuss auf Antrag.

Wohngeldempfänger:innen erhalten die Einmalzahlung nach Haushaltsgröße gestaffelt, beginnend mit 135 Euro für 1-Personen-Haushalte, 175 Euro für 2-Personen-Haushalte und 35 Euro Zuschlag für jede weitere Person im Haushalt. (Aufstiegs-) BAföG-Empfänger:innen erhalten einen Pro-Kopf-Zuschuss in Höhe von 115 Euro.

Ziel ist es, dass die rund 2,1 Millionen Berechtigten den Zuschuss erhalten, noch bevor die Nebenkostenabrechnungen für die Heizperiode vorliegen. Dies ist üblicherweise ab dem Sommer der Fall.

Hier geht es zum Gesetzentwurf: <https://bit.ly/3LHBOyA>

Anhaltende Corona-Pandemie

Verlängerung des Kurzarbeitergeldes

Einige Branchen, wie etwa die Veranstaltungsbranche, sind durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus noch immer stark betroffen. **Was die Arbeitnehmer:innen und Unternehmen jetzt brauchen, ist Planungssicherheit.** Deshalb verlängern wir die Sonderregelungen für den erleichterten Zugang zum Kurzarbeitergeld bis zum 30. Juni 2022. **Damit steigt die maximale Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes auf bis zu 28 Monate.** Zudem gelten die Mindestanforderungen für die Gewährung sowie die erhöhten Sätze des Kurzarbeitergeldes weiterhin (ab dem vierten Monat 70 % bzw. 77 %, wenn Kinder im Haushalt leben; ab dem siebten Monat 80 % bzw. 87 %).

Im Gesetzentwurf wird ebenfalls festgelegt, dass die Regelungen im Pflegezeitgesetz und Familienpflegezeitgesetz über den 31. März 2022 hinaus gelten. Am 16. Februar ist die erste Lesung des Gesetzentwurfs geplant. Danach wird der Bundestag über die Beschlussempfehlung des zuständigen Ausschusses in 2./3. Lesung am 18. Februar abstimmen.

Hier geht es zum Gesetzentwurf: <https://bit.ly/3Br0Ehi>

Internationaler Frauentag

Gleichstellung zur gelebten Realität machen!

Auf dem Weg zur Gleichstellung der Geschlechter bleibt noch viel zu tun. Daran soll der Internationale Frauentag am 8. März erinnern. Unter dem Motto **#BreaktheBias** geht es in diesem Jahr darum, auf stereotype Rollenbilder und Klischees gegenüber Frauen aufmerksam zu machen. Gut so! Denn die Pandemie hat gezeigt, dass vor allem Frauen die Kinderbetreuung und Sorge-Arbeiten zu Hause übernehmen.

Umso mehr gilt es, künftig dafür zu sorgen, dass Gleichstellung gelebte Realität auch hierzulande wird.

Um dieses Ziel zu erreichen, **werden wir für Lohngleichheit sorgen, indem wir das Entgelttransparenzgesetz stärken.** Und wir werden die Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt umsetzen und beispielsweise für eine bedarfsgerechte Finanzierung von Frauenhäusern sorgen.

Weitere Informationen zum Aktionstag am 8. März gibt es hier:

<https://frauen.verdi.de/aktionstage/frauentag>



Pressemitteilung

Timon Gremmels (SPD): „Im letzten Jahr sind 257,4 Mio. Euro KfW-Mittel in den Wahlkreis Kassel geflossen.“



„120,3 Mio. Euro Förderung von privater Ladeinfrastruktur, Bauen und Sanieren – Rückgang bei Anträgen auf Corona-Hilfen“

„Im gesamten letzten Jahr wurden **9295 Förderanträge für KfW-Hilfen im Bundestagswahlkreis Kassel** gestellt. Firmen, private Kunden und kommunale und soziale Infrastruktur haben ein Kreditvolumen von **insgesamt 257,4 Mio. Euro** von der KfW erhalten“, informiert der SPD-Bundestagsabgeordnete Timon Gremmels.

91 Anträge wurden von mittelständischen Unternehmen für den KfW-Unternehmerkredit – Corona mit einem Volumen von 20,2 Mio. Euro gestellt. Im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien gab es **157 Anträge von Unternehmen mit einem Fördervolumen von 13,6 Mio. Euro** und 7069 Anträge von privaten Kunden mit einem Fördervolumen von 120,3 Mio. Euro für private Ladeinfrastruktur, Bauen und Sanieren. Im Bereich Wohnen und Leben wurden 1600 Anträge von privaten Kunden genehmigt u.a. für Baukindergeld und Altersgerechtes Umbauen. Für die kommunale und soziale Infrastruktur wurde ein Fördervolumen von 18,7 Mio. Euro beantragt und genehmigt.

„Insgesamt liegt das Fördervolumen des KfW-Geschäftsvolumens mit 107 Mrd. Euro weiterhin auf einem hohen Niveau, ist aber im Vergleich zum Krisenjahr 2020 zurückgegangen. 2021 gab es eine starke Fördernachfrage in den Bereichen Klimawandel und Umwelt und einen Rückgang in der Nachfrage nach den Corona-Hilfen. Anträge zum KfW-Sonderprogramm Corona können noch bis zum 30.04.2022 bei der KfW gestellt werden“, so Gremmels.

Für die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) haben die zuständigen Ministerien eine Einigung erzielt. Für alle Anträge, die bis einschließlich 23.01.2022 gestellt wurden, wird die Bearbeitung wieder aufgenommen. Über einen Neustart bei BEG sei die KfW mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz in enger Abstimmung.

„Durch das Förderprogramm Ladestationen für Elektroautos an Wohngebäuden wurden bundesweit Zusagen in Höhe von **knapp 730 Mio. Euro bis zur Einstellung Ende Oktober 2021 getätigt**. Damit wurden über 800.000 Haushalte bundesweit mit einem Zuschuss von 900 Euro pro Ladepunkt beim Kauf und der Installation der Ladestation unterstützt. Ladestationen für Elektromobilität in Unternehmen und Kommunen sind seit November zuschussberechtigt. Bis zum Jahresende wurden bundesweit bereits über 13.000 Zusagen mit einem Volumen von 31 Mio. Euro gewährt“, erklärt Timon Gremmels.



Donnerstag, 03.03.2022 - 18.30 Uhr

Strom und Wärme als Luxus?

Die Preise für Energie steigen seit Monaten drastisch an. Private Haushalte und Unternehmen werden immer stärker belastet:

Wo liegen die Gründe der Preissteigerung? Sind die steigenden Energiepreise ein bleibendes Phänomen? Wie kann man einkommensschwache Haushalte entlasten?

Diese und viele weitere spannende Fragen möchte die Friedrich-Ebert-Stiftung mit den Teilnehmenden und den eingeladenen Gästen diskutieren.

Hier geht es zur Anmeldung:

<https://www.fes.de/lnk/energiepreise>



Programm

- 18:30 Uhr **Begrüßung und Einführung**
Severin Schmidt, Leiter des FES Landesbüros Hessen
- 18:35 Uhr **Impuls: Steigende Energiepreise: Wie kann die Politik reagieren?**
Timon Gremmels, Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie des Deutschen Bundestages
- 18:50 Uhr **Kommentar: Wie können Verbraucher_innen entlastet werden?**
Philipp Wendt, geschäftsführender Vorstand der Verbraucherzentrale Hessen
- 19:05 Uhr **Kommentar: Verzerren steigende Energiepreise die klimapolitische Debatte?**
Janek Steitz, Projektleiter Agora Energiewende
- 19:15 Uhr **Gespräch mit den Teilnehmenden**
- 20:00 Uhr **Ende der Veranstaltung**

Moderation: Lara Hoffmann, Freie Journalistin und Moderatorin

Mittwoch, 09.03.2022 - 19:00 Uhr

Online-Lesung

Ob große psychische Belastungen oder der Bildungsverlust aufgrund schlecht abgestimmter Schooling-Methoden:

Als Pandemie-Abiturient kennt Dario Schramm die Probleme aus eigener Erfahrung. In seinem Buch **DIE VERNACHLÄSSIGTEN GENERATION CORONA: WIE UNS SCHULE UND POLITIK IM STICH LASSEN** führt der ehemalige oberste Schüler:innensprecher Deutschlands aus, was er von Wechselunterricht, Homeschooling, der schleppenden Digitalisierung aber auch von fehlendem Mitspracherecht, Chancenungleichheit und gescheiterten Inklusionsmodellen hält.

Bei einer **Online-Lesung aus seinem Buch** haben Interessierte die Möglichkeit, zusammen mit den Jusos Kassel-Land und Kassel-Stadt, über die aktuelle Situation zu diskutieren und gemeinsam mit Timon über mögliche Auswege aus der Misere zu sprechen.

Den Zoom-Link gibt es per Mail: timon.gremmels.wk@bundestag.de



**MITTWOCH, 9. MÄRZ
19 UHR
ZOOM-LINK IN DER INFOBOX**



Highlights aus meinen Social-Media-Kanälen



Tweet der Woche

Regelmäßig kommentiere ich das politische Geschehen bei Twitter. Ab und an gibt es auch ein paar besonders interessante Tweets, die ich Euch an dieser Stelle nicht vorenthalten möchte.

Diesen und weitere Tweets findet Ihr unter:
https://twitter.com/Timon_Gremmels/

fb.com/TimonGremmels
instagram.com/gremmels
twitter.com/Timon_Gremmels
in.linkedin.com/in/timon-gremmels



Timon Gremmels, MdB @Timon_Gremmels · 12. Feb.

„Ich bin überparteilich, aber ich werde nie neutral sein, wenn es um die Sache der Demokratie geht“, so Frank Walter Steinmeier in der Sitzung der SPD-Fraktion der Bundesversammlung. (tosender Applaus) [#MeinPräsident](#)

81

21

250





Unterwegs im Wahlkreis Bildergalerie



Prof. Dr. Ute Clement ist die neue Präsidentin der Universität Kassel. Herzlichen Glückwunsch!



Über 100 Kinderhospizeinrichtungen gibt es in Deutschland. #BVH21



Das Studierendenwerk Kassel steht Studierenden seit über 50 Jahren mit Rat und Tat zur Seite.



Hier beziehe ich im Studio der Treppe 4 meinen Standpunkt zum Thema Respekt



Gemeinsames Gespräch mit unserem Parteivorsitzenden, der Innenministerin und Roland Kaiser im Willy-Brandt-Haus.



Corona-Wahlkampf in Lohfelden. Glückwunsch, lieber Uwe Jäger, zu starken 83,9% der Stimmen!



Gremmels als einer von vier SPD-Bundestagsabgeordneten in den Beirat der Bundesnetzagentur gewählt.



Als Wahlkreisabgeordneter versuche ich immer Fördergelder in den Wahlkreis zu holen, hier an die Grundschule Oberkaufungen.

HNA 02/22

Die Wahl als besondere Ehre



Timon Gremmels
SPD-Wahlkreisabgeordneter
(WK 168 Kassel Stadt und Kreis)

Ist diese Wahl für Sie ein besonderes Erlebnis?

Es ist meine erste Bundesversammlung. Sie kommt nur alle fünf Jahre zur Präsidentenwahl zusammen und besteht zur Hälfte aus den Mitgliedern des Bundestags und aus Mitgliedern, die die Landtage wählen. Die hessische SPD-Landtagsfraktion entsendet mit Ajla Kurtovic zum Beispiel eine Angehörige einer Opferfamilie des rechtsextremen Anschlags von Hanau. Das ist es, was Bundesversammlungen so besonders macht.

Finden Sie es schade, dass diese Veranstaltung wegen Corona weniger feierlich sein wird als üblich?

Es gibt am Vorabend nur einen kleinen coronakonformen Empfang der hessischen Wahlmänner und -frauen in der Landesvertretung. Wichtig ist, dass wir rund um die Bundespräsidentenwahl alle Corona-Auflagen einhalten. Politik hat Vorbildcharakter.

Wem werden Sie ihre Stimme geben?

Dass ich den von mir sehr geschätzten Frank-Walter Steinmeier wählen darf, ist mir eine besondere Ehre. Seine Kassel-Besuche zur documenta 14 (2017), zum 125. Geburtstag von Elisabeth Selbert (2021) oder seine Worte in der Martinskirche kurz nach der Ermordung von Walter Lübcke (2019) sind mir bis heute in prägender Erinnerung. Ich würde mich freuen, ihn anlässlich der documenta 15 in diesem Jahr wieder begrüßen zu dürfen.

ARCHIVFOTOS: ANDREAS FISCHER/PRIVAT



FREIHEIT & SOLIDARITÄT:

Die Allgemeine Impfpflicht für Erwachsene als Weg aus der Pandemie

*Gruppe Baehrens, Dahmen, Helling-Plahr, Schmidt,
Steffen, Strack-Zimmermann, Wiese*

Warum das richtig ist

In den zwei Jahren Pandemie wurden der Politik immer wieder Vorwürfe gemacht: Es wird nicht agiert, sondern nur reagiert. Jetzt machen wir das anders. Wir haben aus den vergangenen Jahren gelernt. Und wenn uns die Pandemie eines gelehrt hat, dann dies: Wenn wir warten, bis die nächste Infektionswelle in Sichtweite ist, ist es für vorausschauendes Handeln zu spät. Dann lässt sich die Bevölkerung, lässt sich unser Gesundheitssystem wieder nur mit einschränkenden Maßnahmen schützen. Das wollen wir mit diesem Gesetz verhindern. Indem wir dafür Sorge tragen, dass sich alle Erwachsenen impfen lassen und sich damit solidarisch zeigen. Denn Freiheit für alle geht nur mit Solidarität von allen.

Wir werden informieren

Die Krankenkassen werden alle erwachsenen Menschen in Deutschland einfach und verständlich informieren. Darüber, wie tückisch und gefährlich das Virus ist. Darüber, wie sich jeder selbst, seine Familie und Freunde, unsere Gesellschaft schützen kann. Jede und jeder Erwachsene wird Informationen zu den sicheren, wirksamen Impfstoffen erhalten. Jede und jeder Erwachsene erhält die Möglichkeit, sich ein eigenes Bild zu den Gefahren der Pandemie und den Impfmöglichkeiten zu machen.

Wir werden beraten

Gemeinsam mit den Krankenkassen und vielen weiteren Akteuren im Gesundheitswesen wollen wir eine Beratungs- und Kommunikationsoffensive starten. Menschen sind verschieden und nehmen Informationsangebote unterschiedlich an. Daher werden wir jeder und jedem ein Gesprächsangebot machen. Darin können ganz individuelle Fragen gestellt und beantwortet werden. Im Gespräch kann am besten geklärt werden, für wen welcher Impfstoff am besten geeignet ist. Persönliche Sorgen und Ängste können individuell besprochen und adressiert werden.

Wir werden vorsorgen

Der Grundstein für einen besseren Winter wird jetzt gelegt. Wir sorgen jetzt vor, dass vor der nächsten großen Welle alle erwachsenen Menschen geimpft sind. Wir handeln, damit auch bei vielen Ansteckungen weniger Menschen schwer erkranken, ins Krankenhaus kommen und sterben. Wir handeln, damit unser Gesundheitssystem und die Menschen, die darin arbeiten, vor Überlastung geschützt werden. Wir sorgen vor, damit im kommenden Winter nicht erneut unser aller Alltag eingeschränkt werden muss. Damit leisten wir Vorsorge, um Beschränkungen und Belastungen unserer Gesellschaft und Wirtschaft zu vermeiden. Gerade unseren Kindern und Jugendlichen wollen wir keinen weiteren Pandemie-Winter zumuten.



Was im Gesetz steht

- Bis zum 15. Mai 2022 informieren die Krankenkassen die Menschen über die Gefahren der Covid-19-Erkrankung. Sie erhalten Beratungsangebote, Informationen über Impfmöglichkeiten, die zugelassenen Impfstoffe und die gesetzliche Pflicht, sich bis zum Herbst impfen zu lassen.
- Menschen, die dreimal geimpft (oder geimpft und genesen) sind, können dies ganz einfach digital zum Beispiel per Smartphone oder analog etwa in der nächsten Apotheke nachweisen. Sie haben Ihre Pflicht damit schon erledigt.
- Menschen, die noch nicht dreimal geimpft sind, haben eine angemessene Zeit, sich zu informieren, sich beraten und schließlich impfen zu lassen. Menschen, bei denen eine Impfung aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich ist, oder Frauen, die am Beginn ihrer Schwangerschaft stehen, können dies nachweisen und müssen nicht geimpft werden.
- Die Impfpflicht gilt ab dem 1. Oktober. Bis dahin müssen Erwachsene drei Immunisierungen nachweisen. Dies kann auch im öffentlichen Raum kontrolliert werden.
- Wenn Menschen trotz Information und Beratungsangebot bis dahin kein Impfangebot wahrnehmen, wird die zuständige Ordnungsbehörde informiert. Dort wird ein Bußgeldverfahren eingeleitet.
- Das Gesetz ist bis zum 31. Dezember 2023 befristet. Bis dahin wird das Gesetz alle drei Monate auf seine Wirksamkeit überprüft. Die Ergebnisse der Prüfung müssen dem Bundestag vorgelegt werden.

Timon Gremmels

📍 Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel 📞 Telefon 0561 700 10 52
✉ buero@timon-gremmels.de 📺 TimonGremmels
🏠 timon-gremmels.de 📷 @gremmels